

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

17.08.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Terminal: Heute wird verhandelt <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 17.08.2023</i>	3
2 Intel, Tesla, Rheinmetall – Schwesig-Regierung verhindert Ansiedlung in MV <i>nordkurier.de, 16.08.2023</i>	4
3 Mein Atommüll, dein Atommüll <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.08.2023</i>	5
4 Zu utopisch, um wahr zu sein? <i>DIE ZEIT, 17.08.2023</i>	7

LNG-Terminal: Heute wird verhandelt

Der Streit um ein an Rügens Küste geplantes Terminal für Flüssigerdgas (LNG) beschäftigt heute das Landgericht München 1. Verhandelt wird eine Klage des Unternehmens Deutsche Regas, das sich gegen Aussagen eines Vertreters der Rügener Gemeinde Binz wehrt. Der von der Gemeinde beauftragte Rechtsanwalt Reiner Geulen hatte im Juli in einer Pressemitteilung Zweifel an der Zuverlässigkeit des Unternehmens gesät, das das Terminal betreiben soll.

Die Deutsche Regas klagt auf Unterlassung von bestimmten Aussagen zum Hintergrund der Investoren, zu der Finanzierung des Unternehmens sowie zu Geschäftstätigkeiten von Gesellschaften des Geschäftsführers, teilte ein Gerichtssprecher mit. Das Unternehmen bezeichnet die Aussagen als unwahr. Mit einem

Urteil ist dem Gericht zufolge Anfang kommender Woche zu rechnen. Pläne der Bundesregierung für ein LNG-Terminal an Rügens Küste haben für teils erheblichen Widerstand gesorgt. Besonders Vertreter der Gemeinde Binz, die in Nachbarschaft zum Standort des geplanten Terminals liegt, laufen seit Monaten Sturm.

Sie sehen nach eigenen Aussagen die Umwelt und den für die Insel wichtigen Tourismus gefährdet. Der Bund verweist auf die Energieversorgungssicherheit. Er strebt an, dass das Terminal im kommenden Winter fertig ist. Vorarbeiten und Genehmigungsverfahren laufen auf Hochtouren. Geulen ließ im Vorfeld erklären, er habe zu den Fragen als Prozessbevollmächtigter des Ostseebades Binz zwei Monate lang recherchiert.

 nordkurier.de | 16.08.2023

 Andreas Becker

 WEBLINK

CDU-VORWURF

Intel, Tesla, Rheinmetall – Schwesig-Regierung verhindert Ansiedlung in MV

Schwerin

Drei Global Player haben die Milliarden-Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern eine Absage erteilt. Deshalb fordert die CDU eine neue Wirtschaftspolitik.

Franz-Robert Liskow war in den vergangenen Tagen viel unterwegs — auf seiner Sommertour hat er mit Unternehmern gesprochen, um den Puls der Wirtschaft zu fühlen. Ergebnis: Mecklenburg-Vorpommern braucht aus Sicht des CDU-Fraktionschefs ein sofortiges Maßnahmenpaket für mehr Wirtschaftswachstum.

„Größere Ansiedlungen scheitern bei uns im Land regelmäßig, die Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern sind eh schon nicht die besten, erschwerend kommt hinzu, dass die rot-rote Standortpolitik der Landesregierung auf verhindern und schlechtreden ausgerichtet ist“, kritisiert Liskow die aktuelle Wirtschaftspolitik. Unternehmer würden indirekt zu Verbrechern erklärt und mit Regelungen sowie teuren Ideologieprojekten wie einem zusätzlichen Feiertag belastet, so der CDU-Politiker.

Regionalbonus gefordert

Das Gegenrezept der Oppositionspartei: „Wir benötigen einen Regionalbonus für Firmen aus MV. Untergesetzlich ließe sich beispielsweise auf kurzem Verordnungswege regeln, dass heimische Unternehmen stärker als andere von öffentlicher Auftragsvergabe profitieren.“ Dieser Regionalbonus wäre auch gleichzeitig ein Ökobonus, weil lange Transportwege vermieden würden.

Damit nicht genug, der Maßnahmenkatalog der CDU enthält weitere Werkzeuge. Unternehmen müssten besser bei der Nachwuchsgewinnung unterstützt werden, um dem Fachkräftemangel zu entgegen. Gleichzeitig müsse die Infrastruktur verbessert werden — Lis-

kow erinnert in dem Zusammenhang an Funk-, Autobahnloch und marode Inselzubringer. Der Fraktionschef fordert eine Arbeitsgruppe mit Arbeitnehmervertretern und Vertretern der Landkreise, „die außerhalb des Einflussbereichs der Ministerpräsidentin bis zum Ende des Jahres eine Infrastruktur-Prioritätenliste vorlegen, die von der Landesregierung bis zum Ende der Wahlperiode abzuarbeiten ist“.

Wasser-Bedarf wird enorm

Liskow will auch ein Belastungsmoratorium einrichten. Das bedeutet: „Bis auf Weiteres keine Gesetze und Verordnungen mehr, die die Wirtschaft belasten.“

Da nach Einschätzung des CDU-Politikers viele Groß- und Zukunftsinvestitionsprojekte erheblichen Wasserbedarf haben, „braucht es mindestens eine leistungsfähige Meerwasserentsalzungsanlage, die imstande ist, Wasser in Größenordnungen bereitzustellen, wie sie Industriebetriebe benötigen“.

Zusätzlich müsse die Wirtschaftsförderung wieder so ansiedlungsfreundlich und ideologiefrei werden wie nur möglich. „Unnötige Anforderungen, die Mecklenburg-Vorpommern bei Ansiedlungen schlechter stellen als andere Bundesländer, gehören gestrichen“, sagt Liskow. Die Wirtschaftsfördergesellschaften im Land müssten dafür personell exzellent besetzt werden. Und noch etwas mahnt der CDU-Mann an: „Die Kopplung von Investitionsförderung an das Anbieten von Tarifverträgen zeugt von Unkenntnis hinsichtlich der Rahmenbedingungen, unter denen Mittelständler hierzulande wirtschaften.“

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 17.08.2023 | S. 8

 Auflage: 191.746 | Reichweite: 944.262

 Michael Martens

Mein Atommüll, dein Atommüll

Ein geplantes Endlager sorgt für Streit zwischen Kroatien und Bosnien

Kroatien besitzt seit Jahrzehnten ein halbes Atomkraftwerk. Die andere Hälfte gehört dem Nachbarn Slowenien, auf dessen Territorium es sich befindet – bei der Stadt Krško an der Donau. Die ungewöhnlichen Besitzverhältnisse gehen zurück auf jugoslawische Zeiten, als die beiden sozialistischen Teilrepubliken das AKW als Gemeinschaftswerk finanzierten. Im jugoslawischen Zerfallsjahr 1991 gab es zeitweilig die Befürchtung, die serbische Luftwaffe könne das Atomkraftwerk als Angriffsziel wählen, doch so weit kam es zum Glück nie. Über die Teilung von Erträgen und Aufgaben gab es in den Neunzigerjahren anfangs mitunter Reibereien zwischen Zagreb und Ljubljana, doch das ist Geschichte.

Dafür ist das AKW nun zu einem Streitfall zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina geworden. Kroatiens Plan, ein Lager für Atommüll aus Krško direkt an der kroatisch-bosnischen Grenze zu errichten, bringt zusätzlich Zwietracht in die auch sonst nicht immer einfachen Beziehungen zwischen Sarajevo und Zagreb. Ein solches Lager ist aber nötig, denn Slowenien und Kroatien teilen nicht nur ihren Atomstrom, sondern auch den bei dessen Produktion anfallenden Atommüll. Eine Übergangsregelung, laut der Kroatiens Anteil in Slowenien zwischengelagert wird, läuft aus.

Vier Orte in Kroatien waren von Fachleuten als potentiell geeignete Lagerstätten identifiziert worden, doch überall erhob sich der zu erwartende Protest: Nicht bei uns! Am Ende fiel die Wahl auf ein ehemaliges Lagerhaus der jugoslawischen Armee im Gebirgszug Trgovska Gora unweit des Städtchens Dvor im Süden des Landes. Dvor hatte vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 27.000 Einwohner, heute sind es kaum noch 6500. Die große Mehrheit der schrumpfenden Bevölkerung gehört der serbischen Minderheit Kroatiens an. Wirtschaftlich ist der Ort unbedeutend. Er hat keine Lobby in Zagreb. So verwundert es nicht, dass ausgerechnet dort in der Nähe die Lagerstätte entstehen soll. Das missfällt freilich nicht nur den Leuten in Dvor, wo man sich die Hoffnung gemacht hatte, die vernachlässig-

te Region mit Ökotourismus zu beleben. Auch am anderen Ufer der Una, die Kroatien von Bosnien trennt, herrscht Empörung. Dort liegt die Stadt Novi Grad mit etwa 25.000 Einwohnern. Novi Grad gehört zur bosnischen Serbenrepublik. Auch dort ist man nicht erbaut von der Aussicht, dass zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Umgebung außer den Naturschönheiten bald ein Atommülllager zählen könnte.

Kroatiens Regierung versichert, das Lager sei ungefährlich. Doch in Bosnien überwiegt Skepsis.

Seit Jahren beschäftigt der Streit auch die Regierungen in Sarajevo und Zagreb, wie auch in diesem Sommer wieder. Im Juni, nach einer gemeinsamen bosnischkroatischen Regierungssitzung, versicherte Kroatiens Regierungschef Andrej Plenković von der konservativen Regierungspartei Kroatische Demokratische Gemeinschaft, kurz HDZ, es entstehe für die Menschen in Bosnien überhaupt kein Risiko durch die Zagreber Pläne. Zum einen habe niemand vor, an der bosnischen Grenze hoch radioaktiven Abfall wie Rückstände von Kernbrennstoff einzulagern. Vorgesehen sei lediglich ein Lager für benutzte Schutzkleidung, Ausrüstung und ähnliches Material, von dem nur geringe bis mittlere Strahlung ausgehe, wurde Plenković zitiert. Selbst wer sich 365 Tage vor der Mauer des Lagers aufhalte, werde dabei eine geringere Strahlendosis abbekommen als jeder Passagier bei einem Transatlantikflug, wusste Kroatiens Ministerpräsident zu berichten.

Da es sich bei der Region um ein Erdbebengebiet handelt, wies er auch darauf hin, dass die in unbesiedeltem Gebiet liegende Stätte nach seismologisch höchsten Baustandards errichtet werde. Auf die Frage eines Journalisten, warum die Lagerstätte ganz am Rande Kroatiens an der Grenze zu Bosnien gebaut werden solle, wenn sie doch so ungefährlich sei, antwortete Plenković, dies sei eine souveräne Entscheidung der kroatischen Regierung. Im Übrigen bestehe auch die Gefahr einer Verseuchung des Grundwassers nicht. Schließlich wolle Kroatien weder sich selbst

noch das befreundete Bosnien gefährden. Im befreundeten Bosnien hörte man das wohl, doch die Skepsis bleibt.

Am versöhnlichsten äußert sich Bosniens Ministerpräsidentin Borjana Krišto. Die Tatsache, dass die Angelegenheit auf der gemeinsamen Regierungssitzung zur Sprache kam, weise auf Bereitschaft zur Kooperation hin, stellte sie fest: „Expertengruppen arbeiten an diesem Thema, und die Zusammenarbeit zu diesem und allen anderen Themen wird fortgesetzt.“ Dass Krišto bosnische Kroatin ist und der HDZ Bosnien-Herzegovina angehört, einer Schwesterpartei von Plenkovićs kroatischer HDZ, mag zu dieser Milde beigetragen haben. Die meisten anderen bosnischen Politiker äußern sich jedenfalls weniger verständnisvoll.

Wirtschaftsminister Staša Košarac, ein Serbe aus der Partei von Milorad Dodik, dem Präsidenten der bosni-

schen Serbenrepublik, will die EU und deren Außenbeauftragten Josep Borrell als Vermittler einschalten, um den Bau des Lagers zu verhindern. Er kündigte an, dass Bosnien auch in anderen EU-Staaten für den eigenen Standpunkt werben werde. Dodik selbst vertritt ausnahmsweise einmal die gleiche Meinung wie die Mehrheit in Sarajevo. Er bezeichnete Plenkovićs Argumente als nicht überzeugend und warnte, von der Entscheidung Zagrebs könne die Zukunft der kroatisch-bosnischen Beziehungen abhängen.

Der bosnische Parlamentarier Jasmin Emrić will das Projekt ebenfalls verhindern: „Wachen wir auf, denn noch ist es nicht zu spät. Das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig.“ Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich Zagreb davon beeindrucken ließe, zumal ein anderer Ort nur neuen Streit brächte. Aber immerhin eint der Widerstand gegen die kroatische Atommülllagerstätte (fast) alle politischen Kräfte in Bosnien – wahrlich eine Seltenheit.

DIE ZEIT | 17.08.2023 | S. 8

Auflage: 627.034 | Reichweite: 1.664.000

Stefan Schirmer, Jochen Bittner

Zu utopisch, um wahr zu sein?

Die Kernfusion könnte alle Energieprobleme lösen – deshalb brauche sie mehr Förderung, sagt die Physikerin Sabine Hossenfelder. Der Grüne Kai Gehring warnt vor falschen Heilsversprechen: Der Staat solle sich besser auf den Ausbau der Erneuerbaren konzentrieren

DIE ZEIT: Herr Gehring, die Kernfusion verspricht Gewaltiges: Energie im Überfluss, unabhängig von Wind und Sonne, dazu klimafreundlich und mit nur schwach radioaktiven Restprodukten. Aus einem Gramm Fusionsbrennstoff könnte sich so viel Energie gewinnen lassen wie aus 13 Tonnen Steinkohle. Als Grüner müssten Sie begeistert sein von dieser Aussicht, oder?

Kai Gehring: Die Kernfusion ist seit Jahrzehnten eine Wette auf die Zukunft. Inwieweit und wann sich der Wetteinsatz lohnen wird, halte ich nach wie vor für offen. Die Mehrzahl der Fusionsexperten sagt, dass die Idee einer schnellen Verfügbarkeit für die Energieversorgung eine unseriöse Wunschvorstellung ist. Dagegen sind die erneuerbaren Energien Hightech der Gegenwart statt Science-Fiction. Deshalb sollten wir uns auf deren Ausbau konzentrieren. Das spricht natürlich nicht dagegen, die von Neugier getriebene Grundlagenforschung bei der Kernfusion weiter zu fördern.

ZEIT: Frau Hossenfelder, es gibt diesen alten Witz über die Kernfusion: Seit 40 Jahren heißt es, die Technik sei in 40 Jahren so weit. Aber Sie glauben, dass es jetzt tatsächlich Grund zum Optimismus gibt?

Sabine Hossenfelder: Natürlich kann ich auch nicht sagen, wie lange es noch dauern wird, bis die Kernfusion kommerziell verfügbar sein wird. Im Moment sehen wir allerdings, dass – gerade nach dem Durchbruch im vergangenen Dezember (siehe Kasten) – nicht mehr nur Regierungen die Kernfusionsforschung betreiben, sondern in erheblichem Maße private Investoren einsteigen. Das ist eine sehr spannende Entwicklung.

Gehring: Die Goldgräberstimmung bei den Investoren darf uns nicht blenden. Eine nachhaltige Wissenschaftspolitik sollte nicht nur technologieoffen sein, sondern muss auch Technikfolgen adäquat abschätzen.

ZEIT: Herr Gehring, das FDP-geführte Bundesforschungsministerium spricht von »Durchbrüchen« und will »möglichst schnell die Voraussetzungen für den Bau von Fusionskraftwerken« schaffen. Ministerin Bettina Stark-Watzinger sagte sogar, dass Fusionsenergie schon in zehn Jahren nutzbar sein könnte. Noch in diesem Jahr will sie bekannt geben, wie genau sie die Forschung in Deutschland fördern will. Bayern hat schon den Bau eines eigenen Fusionsreaktors angekündigt. Finden Sie diese Ambitionen richtig?

Gehring: Ich höre genau hin, was uns Fusionsfachleute sagen. Und die gehen nicht von einer schnellen Verfügbarkeit aus. Expertinnen und Experten der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina haben kürzlich darauf hingewiesen, dass die Kernfusion für das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 keine Rolle spielen dürfte. Ich glaube nicht, dass wir uns einen Gefallen damit täten, etwas anderes anzunehmen. Die entscheidenden Jahre für die Klimarettung und Energiewende sind jetzt, und wir arbeiten mit aller Kraft daran, dass der Energiemix aus Erneuerbaren plus der Speichermöglichkeit Wasserstoff recht bald etabliert sein wird.

Hossenfelder: Es mag unwahrscheinlich erscheinen, dass die Kernfusion in diesem Sinne rechtzeitig kommt, ja. Aber es gibt eben auch Start-ups, vor allem in den USA und in Großbritannien, die felsenfest davon überzeugt sind, dass sie es innerhalb der nächsten fünf Jahre hinbekommen, kommerziell relevante Kernfusion auf die Beine zu stellen. Sie halten ihre genauen Erkenntnisse oft geheim, deswegen kann man diese Behauptungen schlecht einschätzen. Aber wenn doch etwas dran ist, wäre das großartig. Das würde alle unsere Energieprobleme lösen.

Gehring: Die erneuerbaren Energien sind schon jetzt risikoarm, sicher und finanzierbar. Die Energiewende ist mit großer Dynamik und Geschwindigkeit wieder

entfesselt. Wir beweisen als größtes Industrieland Europas gerade, dass dieser Umstieg auf Erneuerbare gelingt. Auch bei der Forschungsförderung sollten wir deshalb die Erneuerbaren weiter klar priorisieren, also Fotovoltaik, Windenergie, Geothermie und Wasserstoff.

ZEIT: Ein Experten-Memorandum zur Kernfusion im Auftrag des Bundes kam gerade zu dem Schluss, dass »akuter Handlungsbedarf für Deutschland« bestehe, für ein »groß angelegtes Forschungs- und Entwicklungsprogramm«. Sehen Sie diese Dringlichkeit auch?

Hossenfelder: Ja, denn Deutschland ist im internationalen Feld hintendran, und ich sehe leider die Gefahr, dass es noch weiter zurückfällt. Man sollte schließlich auch mal daran denken, dass die Erde im Jahre 2045 nicht aufhören wird, sich zu drehen. Die Menschen werden auch dann noch Energie haben wollen, wahrscheinlich noch deutlich mehr als heute. Irgendwann muss man deshalb ernsthaft damit anfangen, die Kernfusion auf den Weg zu bringen – und ich finde, das tut man besser heute als morgen.

Gehring: Die Forschungsförderung läuft ja, nur dürfen wir die Hürden nicht ausblenden. Ich habe mir Wendelstein 7-X angeschaut, eine Magnetfusions-Experimentieranlage in Greifswald. Dort wird eine faszinierende, exzellente Grundlagenforschung betrieben. Aber als Wissenschaftspolitiker muss ich eben zwischen Chancen, Risiken und tatsächlichem Innovationspotenzial abwägen. Und da komme ich zu dem Ergebnis, dass wir aufpassen müssen, unter dem Banner der Technologieoffenheit keinen Freifahrtschein auszustellen für Heilsversprechen und Abenteuer-tum. Deutschland und Europa sind zudem Teil des Kernfusions-Großprojekts Iter in Südfrankreich, dessen Kosten davongaloppieren ...

ZEIT: Dort sollte der Kernfusions-Betrieb eigentlich 2025 losgehen, aber er verzögert sich wohl auf unbekannte Zeit. Die Kosten haben sich derweil schon auf 20 Milliarden Euro vervierfacht.

Gehring: ... deswegen kann ich die aktuelle Euphorie auch nicht ganz teilen. Und was die Haushaltsmittel des Bundes angeht: Wir sind alle zum Sparen angehalten. Deswegen sollten wir uns auf das konzentrieren, was jetzt hilft, um die Klimaziele zu erreichen. Und das ist aus meiner Sicht eben die Weiterentwicklung im Erneuerbaren-Bereich, etwa bei der Fotovoltaik-Effizienz und bei der Stromspeicherung. Wahrscheinlich brauchen wir die Fusion dann gar nicht mehr, weil wir unsere Stromversorgung in Deutschland schon mit den Erneuerbaren sichern. Flankiert werden diese durch Wasserstoff, für dessen Import wir aktuell die

entsprechenden Partnerschaften schmieden.

Hossenfelder: Den steigenden Energiebedarf mit Solar und Wind zu decken mag in manchen Ländern funktionieren – aber eben nicht überall. Es bräuchte riesige Pufferspeicher, um bei Flaute oder Dunkelheit die Versorgung aufrechtzuerhalten. Wasserstoff ist dafür furchtbar ineffizient. Deswegen werden wir auch langfristig noch eine verlässliche Energiequelle brauchen, die läuft, wenn wir möchten, dass sie läuft. Die Kernspaltung, also die herkömmliche Atomenergie, kam ja in Deutschland nie so gut an, mit der Folge, dass die Deutschen diese Technologie viel zu früh aufgegeben haben. Diesen Fehler sollte man bei der Kernfusion nicht wiederholen.

Gehring: Aus der Atomkraft auszusteigen war richtig: Sie ist überteuert, hochriskant, hat immense Folgekosten. Nun gibt es eine gewisse Schnittmenge zwischen denen, die vom Atomausstieg besonders enttäuscht sind, und denen, die bei der Kernfusion überambitioniert sind. Ich bin zwar offen für die Fusion, sehe allerdings auch das Risiko der nuklearen Abfälle, die es da gibt. Die strahlen zwar weniger stark als der klassische Atommüll, aber es entstehen radioaktive Abfälle, und dieses Problem muss man sich sehr genau anschauen.

Hossenfelder: Wir wissen schon seit den Fünfzigerjahren, dass die Kernfusion im Prinzip funktioniert: Es kommt mehr Energie aus den Atomen raus, als reingeht. Die Herausforderung ist »nur«, das so hinzubekommen, dass die ganze Maschine Nettoenergie produziert. Letztlich ist das ein technologisches Fummelproblem. Durch künstliche Intelligenz gibt es in dem Bereich gerade enorme Fortschritte. Es kann sein, dass wir dadurch viel schneller vorankommen, als wir heute denken.

ZEIT: Herr Gehring, Deutschlands Strombedarf wird sich nach Schätzung der Bundesregierung bis zum Jahr 2050 mindestens verdoppeln oder verdreifachen. Glauben Sie wirklich, dass dieser Bedarf allein aus Erneuerbaren zu decken sein wird?

Gehring: Wir haben in der Ampel gerade zahlreiche Beschleunigungs- und Ausbaugesetze auf den Weg gebracht. Schauen Sie nur mal, wie viele Windparkanlagen und -flächen nun ausgewiesen sind. Da kommt gerade etwas richtig in Schwung! Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion lag im Juli bei 70 Prozent. Ich bin optimistisch, dass uns bei dieser sauberen und sicheren Hightech-Energie große Sprünge gelingen. Das gilt auch für den grünen Wasserstoff. Wir handeln zukunftsgerichtet und klimagericht. Was wir tun, ist unbestreitbar sinnvoll.

Hossenfelder: Nein, sorry, das ist es nicht. Wind- und Solarparks verbrauchen riesige Flächen. Das ließe sich vermeiden, wenn man auf Kernspaltung setzen würde, also neue Kernkraftwerke bauen oder zumindest die alten nicht abschalten würde. Weil Sie die Atomenergie nicht haben möchten, wird es nun leider darauf hinauslaufen, dass wir noch einige Jahre Kohle ausgraben und verbrennen.

ZEIT: Herr Gehring, herrscht innerhalb der Grünen gegenüber der Kernfusion eine ähnliche Technologie-Skepsis wie gegenüber der Kernspaltung?

Gehring: Auch wir Grüne sind technologieoffen, zugleich ist Technikfolgenabschätzung ein sehr bewährtes Prinzip. Es ist mir zu platt, zu sagen: »Die Grünen sind gegen das eine, also sind sie auch gegen das andere.« Und was die Kohle angeht: In Westdeutschland werden wir in sieben Jahren aussteigen, im Osten diskutieren wir weiter, wie wir vorziehen können. Ich lebe im Ruhrgebiet. Der Steinkohle-Ausstieg ist vor Jahrzehnten gewuppt worden. Auch hier planen wir längst mit erneuerbaren Energien, Geothermie und grünem Wasserstoff.

Hossenfelder: Sie haben ja recht damit, dass die kurzfristige Erfolgswahrscheinlichkeit bei der Kernfusion besser sein könnte. Aber bei der Frage, wie viel Geld man in die Kernfusion steckt, sollte man nicht allein auf diese Erfolgswahrscheinlichkeit schauen, sondern auch auf den potenziellen Nutzen. Und der wäre in diesem Fall so gigantisch, dass wir nicht riskieren sollten, abgehängt zu werden bei dieser Technologie. Gewiss, auch bei der Fusion würde radioaktiver Müll anfallen. Es würde allerdings reichen, ihn ein paar Hundert Jahre lang zu vergraben, bis er nicht mehr strahlt. Das ist machbar.

Gehring: Das ist mir zu salopp und bloßer Fortschrittsglaube. Bei der Kernspaltung hat uns dieser Glaube, die Probleme des hochradioaktiven Mülls seien lösbar, bisher leider keine Ergebnisse gebracht. An der Kernfusion wird seit Jahrzehnten geforscht, trotzdem sind nicht alle Risiken geklärt. Einfach mehr Geld in deren Erforschung und Entwicklung zu stecken macht den Erfolg eben nicht unbedingt wahrscheinlicher.

Hossenfelder: Das Gleiche könnten Sie auch über die Wasserstoff-Erforschung sagen. Das tun Sie aber nicht. Den produktiven Optimismus beim Wasserstoff sollten wir uns auch bei der Kernfusion leisten.

Moderation: Jochen Bittner und Stefan Schirmer

MILLIARDEN-WETTE

Im Dezember 2022 gelang in Kalifornien erstmals eine Kernfusion, bei der mehr Energie freigesetzt als eingesetzt wurde. Starke Laserstrahlen verschmolzen Wasserstoff-Atome zu einem Helium-Atom – derselbe Prozess, der auf der Sonne abläuft. Vor wenigen Tagen gelang der Vorgang erneut. Für die Laser war allerdings mehr Energie notwendig, als durch die Fusion entstand. Die US-Regierung will die Kernfusion mit einer Milliarde Dollar pro Jahr fördern, zudem ziehen Fusions-Start-ups sehr hohe Privatinvestitionen an. Weil es in Deutschland an Geldgebern mangelt, hat das Münchner Fusions-Start-up Marvel Fusion gerade angekündigt, stattdessen eine Laseranlage in den USA zu bauen. Die Bundesregierung fördert die Fusionsforschung bisher mit 150 Millionen Euro jährlich. FDP-Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger will die Förderung verstärken und noch in diesem Jahr einen Plan dazu vorlegen.